

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK.

Viel zu häufig passiert es, dass Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrungen nicht dabei sind, wenn über sie gesprochen oder über ihre Bedarfe entschieden wird. Deshalb wollten wir in den Gesprächen von #VielfaltErZählt hören, welche Themen sie bewegen und welche ihrer Anliegen in öffentlichen Debatten zu kurz kommen.

Besonders häufig wurde der Arbeitsmarkt als problematisch benannt. Die damit verbundenen negativen Erfahrungen reichen von Nicht-Anerkennung ausländischer Abschlüsse, über Rassismus bis hin zu prekären Arbeitsverhältnissen.

Der BZI forderte bereits vor der Bundestagswahl 2021 von den Parteien konkrete Maßnahmen, um marginalisierte und benachteiligte Gruppen wie z. B. Langzeitarbeitslose, Menschen ohne Abschluss und Zugewanderte zu stärken und ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Die Forderungen an die Politik, auch von unseren Gesprächspartner*innen, sind eindeutig: Bessere Arbeitsverhältnisse für alle und gerechtere Strukturen! Aber natürlich haben unsere Interviewten noch mehr vielfältige Forderungen. Hier einige Ausschnitte.

KALOUSTIAN.



„Heute besetzen Computer und Internet unser Leben. Ohne sie können wir uns unser Leben nicht vorstellen. [...] Aus diesem Grund müssen die politischen Informationen und Lehre vollständig digitalisiert werden.“

RONA.



„Der Arbeitsmarkt ist eine Katastrophe - besonders für Migranten. Ich möchte, dass etwas daran geändert wird.“

RANIA.

„Sie [die Migrant*innen] könnten sehr viel Gutes für dieses Land geben, warum müssen sie nur rumsitzen und auf das Geld vom Jobcenter warten?“



RONA.



„Ich wünsche mir zurzeit, dass alle Politiker, Nationen, Länder, Menschen überall die Notlage von Afghanistan hören. [...] Die Notlage, der Notfall in Afghanistan braucht keine Überlegung, keine Konferenz.“

EKTA.



„Kinder- und Frauenrechte sind sehr wichtig, denn Kinder sind unsere nächste Generation und Frauen müssen immer stark sein - egal in welchem Bereich, egal ob als Hausfrau oder bei der Arbeit. Diese zwei Themen sind mir sehr wichtig!“

TAREQ.



„Für mich liegt die größere Verantwortung bei den Strukturen und nicht bei den Betroffenen. [...] Es muss sichere Räume geben, wo Betroffene sich zu unterschiedlichen Themen äußern können. [...] Wir brauchen einen großen Spurwechsel in den politischen Parteien, aber auch in der Verwaltung.“

Gefördert durch:



Die Gesprächsreihe ist Teil des Mikroprojekts #VielfaltErZählt im Rahmen der Strukturförderung gefördert vom Bundesministerium des Inneren und Heimat durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages